

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 532/02 vom 06. Dezember 2002

Sozialpolitik

Werner Kalinka: Die Umstellung der Krankenhäuser auf Fallpauschalen birgt Risiken

In Schleswig-Holstein werden nach Einschätzung des sozialpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, MdL, mehr als 50 Krankenhäuser zum 01. Januar 2003 auf das Fallpauschalen-System (DRG) bei der Abrechnung ihrer Leistungen umstellen. Grund sei die im nächsten Jahr von der Bundesregierung verordnete Nullrunde im Gesundheitswesen.

Ursprünglich, so Kalinka, hätten nur 23 der rund 70 in Schleswig-Holstein für die neue Abrechnungsform in Frage kommenden Krankenhäuser zum Jahresbeginn 2003 ihre Abrechnungsform umstellen wollen. Frist zur Anmeldung dazu war Ende Oktober 2002 gewesen. Nachdem die Bundesregierung diese Frist jedoch bis zum Jahresende 2002 verlängert und allen Krankenhäusern, die umstellten, statt einer Nullrunde einen Finanzzuwachs in Höhe von 0,81 Prozent (Grundlohnsummenentwicklung) zugesagt habe, habe ein „regelrechter Rund“ seitens der Krankenhäuser eingesetzt. Kalinka: „Kurzfristig finanziell aus Sicht der Krankenhäuser verständlich, denn diese bekommen statt einer Nullrunde dann doch 0,81 Prozent mehr. Dies ist viel Geld. Dies darf jedoch den Blick nicht dafür verstellen, dass diese süßen Früchte Risiken bergen.“

Die Einführung des Fallpauschalen-Systems (DRG) sei in den Krankenhäusern „deutlich problematischer als zunächst eingeschätzt“. Es sei ein erheblicher Personal- und Verwaltungsaufwand erforderlich. Um die Codierung in rund 600 bis 700 einzelne Fallgruppen vornehmen zu können, müsse schon ein Haus der Regelversorgung eigentlich einen Mediziner als Codierer haben. Werde dieser neu eingestellt – sofern auf dem Markt überhaupt vorhanden -, koste dieser einiges Geld. Sofern keine Neueinstellung erfolge, müssten die vorhandenen Ärzte auch diese Arbeit noch zusätzlich übernehmen, was angesichts der mehr als engen Personallage an den Kliniken eigentlich nicht mehr machbar sei. Der CDU-Abgeordnete: „Für das Fallpauschalen-System geht erheblich mehr Arbeitszeit drauf.“ Die Mehrkosten würden mit rund 10 Prozent veranschlagt.

Zudem, so Kalinka, sei keinesfalls sicher, dass alle Krankenhäuser, die sich jetzt noch zur Umstellung entschlossen hätten, wirklich auf diese Abrechnungsform eingestellt seien. Die 600 bis 700 einzelnen Fallgruppen beinhalteten ein großes,

unterschiedliches Spektrum von Haupt- und Nebendiagnosen, deren große Bedeutung darin liege, dass deren Einordnung in jedem Einzelfall auf Dauer über die Einnahmen der Kliniken entschieden.

Erheblich mehr Arbeitsaufwand stehe auch den Krankenkassen bevor. Sie müssten die Rechnungen eines Teils der Krankenhäuser in der bisherigen Abrechnungsform begleichen, einen Teil nach der neuen. Und dies innerhalb einer Frist von 14 Tagen.

Der Landtag wird in der nächsten Woche auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion das Thema diskutieren.